

Die ersten Empfänge bei Masaryk.

Prag, 2. Juni. Der Präsident der Republik empfing heute im Rahmen der Fühlungnahme mit den Führern der Koalitionsparteien über die Möglichkeiten eines Ermächtigungsgesetzes als Vertreter der tschechischen Agrarier den Kammerpräsidenten Stanek und den Generalsekretär Abgeordneten Veran und später für die tschechischen Sozialdemokraten den Genossen Abgeordneten Hampel.

Für morgen sind die übrigen tschechischen Koalitionsparteien geladen, und zwar Doktor Franke für die Nationalsozialisten, Krámal für die Merikalen und Dr. Hodač für die Nationaldemokraten. Die Besprechungen dürften erst Dienstag abgeschlossen werden.

Genosse Hampel referierte nach dem Empfang dem Klubpräsidenten, das den Genossen Bohnus beauftragte, die Zielsetzung der übrigen Koalitionsparteien zu sondieren; bindende Beschlüsse wurden noch nicht gefasst.

Von der Koalition haben sich erst die tschechischen Agrarier, die ja die Träger dieses Gedankens sind, für ein Ermächtigungsgesetz ausgesprochen, die tschechischen Nationalsozialisten nur bedingungsweise; von den anderen Parteien liegen Beschlüsse noch nicht vor.

Auch über den Umfang einer derartigen Ermächtigung herrscht noch keineswegs eine einheitliche Auffassung. Die Agrarier wollen die Ermächtigung ziemlich weit ausdehnen und sie nicht nur auf den Zolltarif, sondern auch auf die Kreisräuflerung und auf Maßnahmen zur Erhaltung des Budgetgleichgewichts ausdehnen, sehen damit aber ziemlich allein. Ebenso ist noch völlig ungewiss, welchen Faktoren eine solche Ermächtigung anvertraut werden sollte. Ursprünglich wollten die tschechischen Agrarier die Ermächtigung dem Präsidenten der Republik und dem Ministerpräsidenten geben; heute wollen sie jedoch an die Stelle des Ministerpräsidenten bereits die Gesamtregierung setzen. Von Seite der tschechischen Sozialdemokraten wird wieder die Forderung nach ausreichender parlamentarischer Kontrolle der Ermächtigungsvorgängen — zumindest durch den Ständigen Ausschuss — in den Vordergrund gestellt.

Eine einigermaßen verlässliche Uebersicht über die Aussichten einer solchen Vorlage wird bestenfalls Dienstag Nachmittag möglich sein, an dem das Parlament für 5 Uhr zu einer Plenarsitzung einberufen ist.

Die heutige Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses war nur von kurzer Dauer. Nach einem Nachruf für den verstorbenen Abgeordneten Dr. Kalas wurde lediglich die Geschäftsordnung des Senats, die sich in einzelnen Punkten von der des Abgeordnetenhauses unterscheidet, debattiert und angenommen. In zweiter Lesung wurde die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses und das Gesetz über den Schutz der Ehre erledigt. Für die nächste Sitzung am Dienstag, den 6. Juni, um 5 Uhr nachmittags ist die Vorlage über die Finanzprokuren vorbereitet.

Der Verfassungsausschuss kam heute in der Spezialdebatte zur Gemeinderwahlnovelle bis zum § 38; ein Subkomitee zur Beratung der vorgeschlagenen Änderungen soll erst in der nächsten Woche gewählt werden.

1553 6 Millionen Arbeitsanleihe

Prag, 2. Juni. In der abgelaufenen Zeichnungsperiode, vom 27. Mai bis zum 2. Juni, in die bereits teilweise die Auswirkungen der Feiertage wie auch das Monatsultimo mit seinen erhöhten Ansprüchen auf den Geldmarkt fallen, wurden auf die Arbeitsanleihe gezeichnet und bar eingezahlt Kč 40.900.500, so daß mit den Zeichnungen der vorangehenden Wochen die Summe der Zeichnungen Kč 1.553.673.200 beträgt.

Die Zeichnungen nach § 6 des Gesetzes über die Arbeitsanleihe, über die bei den Zeichnungsstellen eben verhandelt wird, konnten in dieser Periode noch nicht durchgeführt werden, da die Verlängerung der Zeichnungsfrist für diese Art von Zeichnungen von den gesetzgebenden Körperschaften zwar bereits genehmigt ist, bisher aber noch nicht verkündet werden konnte, was erst in den nächsten Tagen geschehen wird.

Verbot der Nazipartei in Österreich?

Drohungen Vaugoins. — Dollfuß liegt nochmals nach Rom.

Wien, 2. Juni (AP). Auf einer großen Kundgebung der christlichsozialen Angestellten und Arbeiter, die unter dem Motto stand: „Ein freies Volk im freien Land“, und bei der Generalsekretär Vaugoin sprach, kam es gestern zu Beginn der Versammlung zu einem Zwischenfall, als plötzlich der Ruf ertönte: „Tränengas.“ Gleichzeitig machte sich im Saale ein beifolgender Geruch bemerkbar. Durch das besorgene Verhalten der Versammlungsteilnehmer konnte jedoch eine Panik verhindert werden.

Vaugoin erklärte u. a.: „Bevor noch in diesem Sommer der längste Tag vorüber ist, wird Ordnung sein. Wenn die Herren (Nationalsozialisten) glauben, daß wir uns alles bieten lassen und daß sie in ihren Braunen Häutern hochverräterisches Propagandamaterial, Waffen und Munition aufspüren können, so haben sie sich getäuscht und wir werden mit ihnen schnell fertig werden.“

In diesem Zusammenhang ist auch die Meldung des „Extrablatt“ zu erwähnen, daß das Verbot der österreichischen nationalsozialistischen

Partei, ihrer Sturmabteilungen, der Jugendorganisationen, der Frauenorganisationen, der gesamten nationalsozialistischen Presse, von Versammlungen aller Art und des Tragens von nationalsozialistischen Abzeichen bereits beschlossen sei. Die betreffende Rotverordnung wird, nach dem „Extrablatt“, kurz nach der Rückkehr des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß aus Rom publiziert werden.

Dollfuß und Justizminister Dr. Schuschnigg sind heute vormittags zur Unterfahrt des Konterdats nach Rom abgeflogen.

Ausreiseverbot für große deutsche Abgeordnete.

Innsbruck, 2. Juni. Wie Abgeordneter Straßner mitteilt, hat die Regierung den großen deutschen Abgeordneten, die zur Teilnahme an der Tagung des Vereins für Auslandsdeutschstum (die ursprünglich in Mogenfurt stattfinden sollte) nach Passau reisen wollten, die Ausreisebewilligung verweigert.

Magere Versprechungen Dr. Schachts.

Auslandsmoratorium noch hinausgeschoben.

Berlin, 2. Juni. Die Berliner Transferenzerenz hat heute ihre Arbeiten abgeschlossen. Jemand welche feste Abkommen wurden nicht erzielt, trotzdem scheinen aber die ausländischen Finanzleute von den deutschen maßgebenden Stellen einige Zusagen erhalten zu haben. In erster Linie soll Reichsbankpräsident Dr. Schacht von der beabsichtigten unmittelbaren Verkündung eines Moratoriums für die deutschen Auslandszahlungen abgesehen sein. Dr. Schacht soll den Delegierten zugesagt haben, daß Deutschland zu

diesem Moratorium nicht vor der Weltwirtschaftskonferenz schreiben werde und daß, falls sich das Moratorium als notwendig erweisen würde, die ausländischen Delegierten vorher verständigt und neuerlich nach Berlin eingeladen werden würden.

Demgegenüber sollen die ausländischen Finanzleute zugesagt haben, daß sie bestrebt sein werden, Deutschland seine ausländischen Zahlungen zu erleichtern und Schritte unternommen werden, daß die Devisenlage Deutschlands nicht noch eine weitere Verschlechterung erfahre.

Die Kulturschande von Karlsruhe.

(B. G.) Die Vorgänge bei der Ueberführung des früheren badischen Staatspräsidenten Genossen Adam Kemmle in das Polizeipräsidium von Karlsruhe übersteigen alles, was man bisher in einem Kulturstaat erlebt hat. Die Inzenerierung der Strafzuchgebungen kann nur verglichen werden mit den Gewohnheiten afrikanischer Regierstämme, welche ihre Gefangenen im Triumph durch ihre Dörfer schleppen.

Unter dem Titel „Am Pranger. Wesentliche Ueberführung des ehemaligen badischen Staatspräsidenten Kemmle ins Konzentrationslager.“

veröffentlicht der „Völkische Beobachter“, München, das Zentralblatt der National „sozialistischen“ Partei (Herausgeber Adolf Hitler selbst), eine Korrespondenzmeldung aus Karlsruhe, datiert vom 16. Mai 1933, die wir in ihrem vollen Wortlaut und ohne jede Abänderung nachstehend wiedergeben:

„Am Dienstag, wurden der ehemalige Staatspräsident Minister Dr. h. c. Adam Kemmle, zuletzt Präsident der Deutschen Konsumgenossenschaft in Hamburg, der vor wenigen Tagen von dort in Karlsruhe auf Erziehung der Regierung eingeliefert worden war, ferner der Regierungsrat Steitz, der frühere badische Staatsrat und Reichstagsabgeordneter Rechtsanwalt Rarum, der Redakteur an dem sozialdemokratischen Karlsruher „Volksfreund“, Grünbaum, Polizeikommissar a. D. Furrer, sowie die Führer des Reichsbanners und der Eisernen Front in Baden mit anderen SPD-Mitgliedern von der Eisernen Front in Baden mit anderen SPD-Mitgliedern von dem im westlichen Stadtteil gelegenen Gefängnis durch eine Reihe von Straßen im offenen Polizeiauto nach dem Polizeipräsidium gebracht, von wo sie dann nach der

Strafanstalt Mieslau, dem jetzigen Konzentrationslager, gebracht wurden.

Vor dem Gefängnis hatte sich eine riesige Menschenmenge angesammelt, die die Verhafteten mit Pfeifen, Pfui- und Riederufen empfing. Vor dem ersten Polizeikraftswagen, auf dem die Verhafteten unter harter Bedeckung emblöhten Hauptes saßen, schritt eine zweireihige SS-Kolonne unterwegs zur Freimachung der Straße. Hinter dem ersten Polizeiwagen folgte ein zweiter mit SA-Befehlung. Außerdem war der Zug zu beiden Seiten und am Zulauf von SA-Leuten begleitet.

Die Polizeiwagen fuhren ganz langsam im Schritt durch eine dicke, oft auch Glieder tiefe Menschenmauer . . .

Der Zug ging u. a. am Landtagsgebäude und am Staatsministerium sowie am ehemaligen Gewerkschaftshaus vorbei, wo jedesmal kurz Halt gemacht wurde. Auch spielten unterwegs Kapellen das Märlerslied (Kemmle war früher Märlersliedner). Der Andrang des Publikums war so stark, daß der gesamte Straßenbahn- und Autoverkehr vollkommen lahmgelegt war. Unterwegs wurden verschiedene Rot-Front-Käfer sofort auf der Stelle verhaftet und auf dem zweiten Polizeiwagen mit transportiert.“

Das veröffentlicht das offizielle Organ der deutschen Reichsregierung. Es ist ein Beweis mehr, in welcher gemeiner, unmenschlicher Weise die derzeitigen Machthaber Deutschlands jene Männer behandelten, die kein anderes Verbrechen begangen haben, als eine von der hitlerischen „Gedankwelt“ abweichende Auffassung über Politik und Welt zu haben.

Grenschpropaganda? Nein, Tatsachen, welche die Hitlerherrschaft ein für allemal als ein der elementarsten Zivilisationshöhnung gleichendes Schandregime in der Weltgeschichte buchen werden.

Dr. Rosche — der „Trommler“.

Frech geworden durch die der Geistesverlassenheit weiter Volksteile entspringenden Erfolge Hitlers, haben seine judendeutschen Nachtreter Staat, Republik und Demokratie den Krieg erklärt. Die Demokratie, die sie sonst schmähten und bespuckten, erschien ihnen als die Leiter, auf der sie emporzukletterten hofften, denn sie auszunutzen für ihre vor keiner Verdrehung und skrupellosen Lüge zurückredenden Demagogie, dazu erschien sie ihnen gut genug. Sie mit ihr selbst und unter Mitwirkung des tschechoslowakischen Faschismus abzuwürgen, hätten die Nazis keine Bedenken getragen; die Gesensätze zwischen deutschem und tschechischem Faschismus sind ja nicht so abgrundtief, als sie manchmal erscheinen mögen. Hitler hat auch keine Bedenken getragen, die Südtiroler Deutschen keiner Freundschaft mit dem „Kriegsmacher“ Mussolini aufzuopfern und er scheut sogar vor Freundschaftsverträgen mit dem Sowjets nicht zurück, wenn diese seinen Zwecken dienen, obwohl er doch vorher hundertemale zur Bekämpfung der bolschewistischen Weltgefahr aufgerufen hatte.

Da erfuhr das hakenkreuzerliche Programm eine Störung. Die tschechoslowakische Demokratie war nicht so moralisch wie die reichsdeutsche und setzte sich gegen den Faschismus beider Couleure energisch zur Wehre. Den deutschen Faschisten fiel das Herz in die Hose und sie kamen in arge Bedrängnis. Sie erhoben eine steinerweichende Jeremiade über die „bedrohte Demokratie“, die sie vor dem mit ihrem Geisler nicht genug bespuckten konnten.

Da stellten sich ihnen wadere Helfer zur Seite — wer anders als die Deutschbürgerlichen, von den Christlichsozialen angefangen bis zu den politischen Ausgedingern, so sich Deutschdemokraten nennen. Auch die Gewerkepartei traten mit. Sie alle, denen die Demokratie nie mehr als ein Fußsteyen gewesen ist, halfen den Nazis darüber weinen und klagen, daß sich die Demokratie nicht gutwillig umbringen lassen wolle. Die Demokratie in die Wüste zu werfen, wenn sie ihren sozialen und politischen Reaktionsgelüsten im Wege stand, das zu tun haben sie niemals gegögert, aber schier wollte ihr Herz brechen, als sie sehen mußten, daß die Abwehrmaßnahmen, welche die Demokratie zu ihrem Selbstschutz unternahm, auch gegen ihre noch hitlerischem Muster eingerichtete und vielversprechend aufstrebende Faschistengarde, die deutschen Nationalsozialisten, gerichtet waren. Sie konnten sich vor Jammer über den „Abbau der Demokratie“ nicht fassen. Weniger zu Herzen ging ihnen das Treiben der Reaktion in Hitler-Deutschland, wo die Geisteskultur mit mittelalterlicher Barbarei „gleichgeschaltet“, jeder anders als „national“ Gefühnte vogelfrei erklärt wurde, Recht, Gesetz, Moral, Menschlichkeit auf den Schindanger wanderten. Sie schielten nicht, sie schauten — freudiger erregt als je — hinüber ins „deutsche Vaterland“ und konnten es nicht erwarten, daß ein ebenso „frischer Wind“, wie er aus Konzentrationslagern und SA-Kasernen durch Deutschlands Gänge weht, bald zu uns herüber komme.

Der rund um das Hakenkreuzlager herrschenden Verdrübnis ein Ende zu machen, erstand nun ein Mann, dem es bisher allerdings allein vorbehalten blieb, sich für einen prominenten Politiker zu halten, der aber darnach dürstete, daß dies endlich allgemein anerkannt werde. Er hatte herausgefunden — was freilich auch minder Talentvollen nicht unbekannt geblieben ist — daß auch im Lager der tschechischen Bourgeoisie sich faschistische Reigungen regen und der Sieg der deutscher Gegenrevolution immerhöhere Sympathie gefunden hat. Er jagte sich; um die Gegenwehr gegen den Hakenkreuzfaschismus — die

von ihm und seinesgleichen in einen Generalangriff auf „das Sudetendeutschtum“ umgefächert wird, — zu verhindern, dazu bedarf es nicht nur unfruchtbarer Gejammer, sondern einer Tat. Einige Tage vorher war in der Nazi-Presse ein ähnlicher Gedanke serviert worden, wie er nun im Kopfe des Herrn Dr. Rosche aus Nixdorf aufkeimte und der folgende Gestalt annahm: Schließen wir uns doch mit den faschistenfreundlichen Elementen im tschechischen Lager zusammen, bieten wir uns ihnen als Partner einer neu zu bildenden sozialistischen Regierungskoalition an — mit einem Schlage werden dann die Dänen zu Jägern! Es ist doch nur eine papierdünne Wand, die uns von dem tschechischen Bürgertum trennt — jenes Teiles des Bürgertums, das verfliehen gelernt hat, daß es wichtiger ist gegen den „Marxismus“, also für die Unterdrückung und Entrechtung der deutschen und tschechischen Arbeiterklasse ebenso wie für die Steigerung des Profits durch noch größere Verelendung der Proleten und Zerstörung ihrer sozialpolitischen Errungenschaften zu kämpfen, als wie es die Erhaltung der Demokratie ist!

In seiner donnerstägigen Rede im Abgeordnetenhaus hat dieser Vertreter der demokratischen Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft aus seinem Herzen keine Würdegrube gemacht und mit den stärksten Tönen nicht gepart. Auf den Trümmern des Rechts und der Freiheit eröffnet der Faschismus die Aussicht auf den Untergang des deutschen Volkes, gerade diesen Augenblick aber hält der „Demokrat“ Dr. Rosche für geeignet, den Sammelruf an alle tschechischen und deutschen „Antimarxisten“ ertönen zu lassen, eiligt in die Fußstapfen Hitlers zu treten und schon malte er mit lodenden Farben das Bild einer neuen Koalition von den tschechischen Agrariern bis zu den Hakenkreuzlern alle einschließend, die im Hitler-Terror und in der Hitler-Knechtschaft ein leuchtendes, nachahmenswertes Vorbild erblickten.

Der Herr Dr. Rosche, der sich mit letzterem Darinigkeit für einen Politiker hält, aber doch nur das enfant terrible des jüden-deutschen Bürgertums ist, hat in seinem kurzen politischen Dasein schon mancherlei Wandlungen mitgemacht. Er war früher Deutsch-nationaler, war nicht immer wütender Sozialistenfresser, hat sich vielmehr den Sozialdemokraten angebeidert, wurde dann sozusagen Demokrat und hat nunmehr seine geistige und politische Gleichschaltung mit dem Hakenkreuzfaschismus vollzogen. Nicht der Kampf für die „heiligtsten Güter der Nation“ in geschlossener Front gegen den tschechischen „Erbfeind“ ist ihm mehr das wichtigste, sondern die Niederwerfung des Marxismus. Reiderfüllt blickt er nach Deutschland hin, wo Hitler und seine braunen Mordgesellen das Profitmachen durch Niedertrampelpung der Gewerkschaften und jeder Gegenwehr der Arbeiterklasse allen Klajjengenossen des demokratischen Mittlers aus Nixdorf leichter zu machen suchen und er fragt sich: warum geschieht das nicht auch hier? Wörtlich: „Es ist ausgeschlossen, daß die Tschechoslowakei für die Sozialdemokratie die Insel der Seligen bleibt!“ Vernichtung dieser Insel der Seligen zum Wohle seiner

selbst und seiner Fabrikanten-Kollegen, das ist es, wozu Dr. Rosche nach einem „koalitions-reiferen Gebilde“ das tschechische Bürgertum aufruft!

In dem Grade seiner Denkfähigkeit ahnt dieser Dr. Rosche gar nicht, was für einen

Gefallen er den „Marxisten“ mit seinem Anbiederungsversuch an die tschechischen Machthaber erwiesen hat. Jene seiner Freunde, deren Denkfunktion nicht durch eine Primadonnen-Eitelkeit getrübt ist, sollten ihn darüber aufklären.

Scheine statt Brot.

Das neue Gesetz der Hitler-Regierung.

Das am Mittwoch von der Hitler-Regierung verabschiedete Gesetz, das von der gleichgeschalteten Reichspresse als „Groß-Angriff gegen die Arbeitslosigkeit“ bezeichnet wird, entblößt die soziale Demagogie des deutschen Faschismus. Es wäre im Hinblick auf das furchtbare Elend der deutschen Arbeiterklasse wenigstens etwas, wenn einige hunderttausend Arbeitslose reguläre Beschäftigung bekommen würden. Undes — das ist das Wichtigste — handelt es sich hier keinesfalls um die Beschaffung regulärer Beschäftigungsmöglichkeiten, ja, sogar nicht einmal um normale Kosthandaktionen, wie sie in Deutschland früher üblich waren. Die pompös aufgelegte Arbeitsbeschaffung sieht, kurz gesagt, so aus, daß die Arbeitslosen zwar arbeiten müssen, aber keinen Lohn dafür zu beanspruchen haben. Ausdrücklich wird erklärt, daß ein Dienst- oder Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts für die eingesehten Arbeitslosen nicht besteht. Die „Entlohnung“ geschieht wie folgt: 1. Die Arbeitslosenunterstützung, die im Falle der Arbeitslosigkeit sowieso zusteht, 2. eine warme Mahlzeit (oder Entgelt) täglich und 3. eine Vergütung von 25 Mark für je vier volle Arbeitswochen in Form von Bedarfsdeckungsscheinen zum Erwerb von Kleidung, Wäsche und Hausgerät.

Es ist notwendig, die konkrete Auswirkung dieser „Entlohnung“ zu beschreiben, da sich in diesem Punkt des neuen Hitler-Gesetzes der schlimmste reaktionäre Angriff gegen die deutsche Arbeiterklasse ausdrückt: 1. Der Durchschnittslohn, den heute der deutsche Hauptunterstützungsempfänger bekommt, wird amtlich auf 500 Mark im Jahre oder etwas über 40 Mark monatlich berechnet gegen jährlich etwa 900 Mark zur Zeit des Hermann-Müller-Kabinetts. 2. Selbst wenn man den günstigsten Fall, und zwar des haren Entgelts für die „warme Mahlzeit“ annimmt, so erhielt der Arbeitslose, der sich in der glücklichen Lage befindet, vom 3. Reich Beschäftigung bekommen zu haben, nur 25 Pfennig täglich hierfür ausgezahlt, denn soviel beträgt der vom Reichsarbeitsministerium bei ähnlichen Gelegenheiten angelegte Betrag; monatlich also höchstens 7,50 Mark. 3. Die Vergütung von 25 Mark für 4 volle (!) Arbeitswochen (also weniger, wenn nur verkürzt gearbeitet wird) hinzugerechnet, würde der „Lohn“ alles in allem höchstens einen Durchschnittsbetrag von monatlich 72,50 Mark erreichen. Dies bedeutet kaum etwas mehr als die Hälfte des Tariflohns, der wöchentlich trotz allen Kürzungen in Deutschland immerhin noch etwas über 30 Mark beträgt. — Berücksichtigt man weiter, daß der wirkliche Wert der „Vergütung“ geringer ist als 25 Mark. Denn für die Scheine dürfen nicht Lebensmittel bezogen werden, sondern ausschließlich Gegenstände, die heutzutage selbst der tariflich entlohnte deutsche Arbeiter sich nicht anschaffen kann.

Diese Art der „Arbeitsbeschaffung“ stellt den einzigartigen Raubzug auf den Tariflohn dar. Selbst die Arbeitsbeschaffungsmassnahmen, die Herr von Papen im Herbst vorigen Jahres un-

ternahm und auf den erfolgreichen Widerstand der gesamten deutschen Arbeiterschaft stießen, waren fast nichts dagegen. Denn Papen verordnete eine Tarifunterbrechung bei Neueinstellungen bis zu 12,5 Prozent des Lohnes, während Hitler den Tariflohn halbiert, wenn man das, was in seinem Arbeitsbeschaffungsgesetz als Vergütung vorgegeben ist, noch als Lohn ansehen will.

Es ist klar, daß diese „Arbeitsbeschaffung“ sich nicht nur gegen die davon unmittelbar betroffenen Arbeitslosen richtet. Entscheidender ist, daß als logische Folge dieses neuen Gesetzes ein neuer Druck auf die Tariflöhne eintreten wird. Darauf kommt es der Regierung und den Unternehmern in erster Linie an. So verbirgt sich hinter den demagogischen Arbeitsbeschaffungsprojekten nichts anderes als eine brutale Ausbeutungsoffensive gegen die Arbeiterschaft, die alle reaktionäre Maßnahmen der Brüning- und Papen-Periode in den Schatten stellt. Insofern wirkliche Arbeitsbeschaffung erfolgt, wird diese zum großen Teil von den Arbeitern aus Mitteln der Erwerbslosenbeiträge direkt finanziert.

Während Brüning noch vorgeben mußte, daß er bestrebt sei, die sozialen Härten seiner Maßnahmen „auf alle Schichten zu verteilen“, und zwar, indem er die große Tariflohnentlastung mit einer — wenn auch unzulänglichen — Preisentlastung verknüpfte und neben der Schmälerung der Sozialrenten eine Erhöhung der Kapitalsteuer, natürlich in geringfügigem Maße — vornahm, wird das neue Gesetz des „Schirmherrn der Deutschen Arbeitsfront“ gerade dadurch gekennzeichnet, daß es „im Interesse der Arbeitsbeschaffung“ — die nationalsozialistische Demagogie ist fürwahr unübertrefflich — eine großzügige Entlastung des Kapitals darstellt.

An der Spitze steht die weitgehendste Entschuldung der deutschen Landwirtschaft oder besser gesagt, des Großgrundbesitzes. Außer der Erweiterung des Osthilfskredits auf das ganze Reichsgebiet und außer der Senkung der Zinsen für Agrarkredite, bezahlt danach das Reich aus Steuermitteln einen Teil der Zinsen 3 Jahre lang, was mehrere hundert Millionen Mark verschlingen wird. Während aber die früheren Entschuldungsgesetze für die Landwirtschaft — wenn auch nur auf dem Papier — auch die Siedlung fördern sollten, ist jetzt von der Siedlung überhaupt nicht mehr die Rede. Die neuen Maßnahmen verhindern geradezu jede Siedlungstätigkeit, die seit Hitlers Regierungsantritt auf den niedrigsten Stand der letzten 14 Jahre gesunken ist.

Ferner wird, wiederum „im Interesse der Arbeitsbeschaffung“, eine weitgehende Steueramnestie erlassen. Kapitalisten, die Steuern hinterzogen haben, brauchen sich im 3. Reich nicht zu fürchten. Ist ihnen das Finanzamt trotzdem auf den Fersen, so kann der „Vollgenosse“ — so heißt der Steuerdefraudant in der amtlichen Verlautbarung — bei einem Notar einen Betrag als „freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit“ einzahlen. Wird nun nach

einiger Zeit festgestellt, daß der „Spender“ Steuern hinterzogen hat, so braucht dieser nur den „Spenderchein“ vorzuzeigen und 50 Prozent des hinterzogenen Steuerbetrages werden prompt erlassen. — Eine weitere Steuerfreiheit wird für Ersatzbeschaffung gewährt. Hat zum Beispiel ein Unternehmer ein Einkommen von 20.000 Mark, und erlegt seine Betriebsanlagen im Laufe der nächsten anderthalb Jahre um 8000 Mark, so beträgt sein zu versteuerndes Einkommen nur noch 12.000 Mark. Die Schwerindustrie wird schon wissen, wie sie sich ihre notwendigen Neuanlagen aus dem Reichsäckel bezahlen lassen kann.

Das ganze neue Gesetz der Hitler-Regierung erfordert einen Finanzbedarf des Reichs von annähernd 2 Milliarden (allein die Kosten der landwirtschaftlichen Entschuldung werden von Hugenberg selber auf 600 Millionen Mark berechnet), die ausschließlich dem deutschen Kapital zuzuführen werden. Diese horrenden Summe gibt Hitler seinen Drahtziehern für ihre Mitwirkung an der „nationalen Revolution“ als erste Abschlagszahlung. Das andere wird ihnen gewährt in Form von Preiserhöhungen besonders bei lebensnotwendigen Konsumgütern, in Form von Lohnsenkungen und anderen versteckten Anwendungen (so haben vor einigen Tagen die Redirektoren als „Balutaausgleich“ vom Reich 20.000.000 Mark bekommen). Diese Geschenke werden gegeben, obwohl der eben erschiene Haushaltsabschluß für 1932-33 einen Rückgang der Reichseinnahmen um 1,1 Milliarden Mark ausweist.

Ein anschaulicheres Beweisstück für den „nationalen Sozialismus“ als mit diesem neuen Gesetz konnte Herr Hitler wirklich nicht liefern.

Die zweite Etappe der Investitionen.

Brag, 2. Juni. Im Ministerrat wurde heute der Bericht über die von der Staats- und Selbstverwaltung auf dem Gebiete der Straßen, der Eisenbahnen, der Wasserwirtschaft, der Tiefbauten u. ä. aus dem Ertrag der Arbeitsanleihe in zweiter Etappe unternommenen Bauten und Investitionsarbeiten im Gesamtbetrag von rund 553 Millionen K genehmigt. Mit den in der ersten Etappe bewilligten Investitionen werden so aus der Arbeitsanleihe insgesamt Bauten und Arbeiten für rund 660 Millionen K unternommen, wozu noch eine Reihe von Investitionen kommt, die zu Lasten der betreffenden Posten des heurigen Budgets durchgeführt werden. Zur Kenntnis genommen wurde der Bericht darüber, wo bereits mit den Arbeiten tatsächlich begonnen wurde, und weiter wurde beschlossen, daß die zuständigen Organe mit der größten Beschleunigung um die Aufnahme der Arbeiten überall dort Sorge tragen, wo bisher nicht dazu geschritten werden konnte. Allen beteiligten Ressorts wurde gleichzeitig aufgetragen, alle notwendigen Vorbereitungen für die Zusammenstellung der in die weitere Gruppe der Investitionen fallenden Anträge zu treffen.

Der Sporausschuß der parlamentarischen Kontrollkommission hat in den letzten Tagen unter Teilnahme des Finanzministers und der Vertreter des Obersten Rechnungskontrollamtes die Ergebnisse der staatlichen Finanzgebahrung nach dem Stande von Ende April d. J. durchberaten. Detaillierte Ziffern werden leider nicht bekanntgegeben.

KARL

Nachdruck verboten.

UND DAS 20. JAHRHUNDERT

Roman von Rudolf Brunngraber

Copyright by Societäts-Verlag, Frankfurt am Main 1933

Der junge Herr trägt auch eine Hornbrille und lange Haare unter dem breittrempigen Hut. Im übrigen scheint er mit seinem Begleiter ein sehr lebhaftes Gespräch zu führen, denn er bleibt trotz der Unwirtlichkeit des Wetters stehen und sagt, die rechte Hand mit einer lapprigen Fingerstellung vors Gesicht hehend: Ich definiere: das Wesen dieser Welt erkannt haben heißt, zu jedem Verbrechen die Berechtigung erworben haben. Einseitig, entgegen sein Begleiter, indem er an die Drehtür stößt, einseitig wie alles dramatische Denken. Karl Lakner rückt einen Augenblick klägliches Wasser, dann wird die Drehtür von innen herumgestoßen, zwei ältere Herren treten heraus. Während sich der eine den Mantelkragen hochschlägt, sagt er: Es wäre die größte Katastrophe für unsere Wirtschaft, würden morgen alle Maschinen von selber gehen. Ich sage es ja, antwortet der zweite wegwertend: Das Geld ruiniert die Arbeit. All diese Betrachtungen versteht Karl Lakner nicht, er ist lediglich so von Kammer erfüllt, daß er wünscht, irgendeine Gewalt möchte ihn auslöchen. Es ist ihm soeben zwei Sekunden lang brennend heiß gewesen, nun schlägt die Kälte wieder sinnlos auf ihn ein. Es schüttelt ihn von den Schultern bis in die Knochen. Da langt der eine der beiden älteren Herren in die Tasche und reicht Karl Lakner ein Geldstück hin. Karl Lakner ist überempfindlich und nimmt das Geldstück. Dann wirft er es dem Spender vor die Füße und stürzt wieder in das Schneetreiben hinaus.

Doch er gelangt nicht dazu, sich über den Vorfall besonders zu ärgern. Die Kälte zer-

jög ihn so, daß sich das Leibliche vor alles drängt. Plötzlich ist es Karl Lakner einfach unbegreiflich, daß er auf den Wintermantel verzichtet hat. Vielleicht auch paßt ihm die Erinnerung daran deshalb so bestimmend, weil er am Ende der Welt und aller Gedanken angelangt gewesen wäre. Heute ist die Kälte eiepetete, singt ein Lautsprecher drohend. Karl Lakner kennt die dunkle Nebenstraße wieder hinauf. Wie er durch das Gartentor stürmt, überfällt ihn die Angst, die Gelegenheiten verläßt man zu haben. Er läuft schneller. Dabei hat er den Wind im Rücken, was ihm die Empfindung verurteilt, daß er geschoben werde. Das bringt ihm das Lächerliche, das Demütigende dieser Rückkehr voll zum Bewußtsein. Trotzdem läuft er, tief mit sich weinend, weiter auf das Haus zu, weil ihn beim Stehbleiben die Arbeitslosigkeit sofort wieder verschlingen würde.

Unter dem Vorbau über der kurzen Treppe muß Karl Lakner eine Weile warten. Als ihm geöffnet wird, verläßt gleich jemand das Haus, ein Mädchen in Mantel und Hut. An dem schmalen Gang steht eine andere, schimmernd vor Blond, in einem bunten Hauskleid. Sie sagt zu der Weggehenden: Ich weiß schon, Phili, gehen Sie nur, Karl Lakner ist von der Wärme, der Doffigkeit und dem Duft der Wohnung benommen. Er sieht sich einer etwa Achtzehnjährigen gegenüber, die ihn einigermaßen unsicher anschaut. Dann steht er in einem orochen halbeingerichteten Raum, der ihn wie ein Wirtszimmer bei einem Arzt annimmt. Das Mädchen hebt einen schweren Winterrock aus einem der weißen Blechschrank und läßt ihn damit allein. Karl Lakner fingert ungeschlüssig an dem Stoff herum. Seine jegliche Umgebung ruft ihm das Gespräch mit dem Professor wieder lebendig in Erinnerung. Er beschaut sich schau und voll Abneigung in einem der Spiegel. Ich schiele wieder?

Hier, laßt das Mädchen, das einen Tisch auf Nädern hereinfährt. Bitte, Mama hat gemeint,

Sie möchten auch eine Kleinigkeit essen. Die Kleinigkeit besteht aus kaltem Schweinebraten, Rindsjunge, einer Pastete, Lachsstücken, Käse, Butter, Salat und einer Mehlspeise. Der Tee, sagt das Mädchen, wird gleich fertig sein. Es ist etwas Warmes. Und sie geht wieder hinaus. Mit einer Linie in ihrer artigen Ruhe wie eine fontambule Tänzerin. Karl Lakner beginnt mit den Händen zu essen. Aber mit einemmal weicht er nicht, was er schmeckt. Die Speisen werden ihm brockig im Mund. Sein ganzes Leben steigt wie eine würgende Mut heraus. Er ist mit der Linderung für seine Mutter zu spät gekommen. Er hat die Sprache seiner Geliebten nicht verstanden. Im Weltkrieg hat man ihn erschossen und nachher hat man ihn hungern lassen. Er hat es nicht auf die vier Wände gebracht. Sein Freund war ein Todgeweihter. Und wo sein Leben auf gewesen ist, war es ein Almosen. Es hebt Karl Lakner langsam aus dem Stuhl. Ich bin, kammelt er, achtunddreißig Jahre alt.

Die Blonde erscheint im Türrahmen mit einem Tablett, sie bringt den Tee. Da stampft Karl Lakner auf und schreit: ich will nicht! Plötzlich ist er hemmungslos. Er schlägt dem Mädchen das Tablett aus der Hand. Und da die Erschrockene aufschreit und ihn das völlig verwirrt, reißt er sie an den Händen zu Boden. Ich will nicht mehr, ich will nicht mehr! laßt er in der Rasungslöhne die ganze Welt an. Dem Mädchen springt die Todesangst ins Hirn. Sie beißt ihn in die Finger, sie schlägt ihm die Kniee ins Gesicht, es beirnt in all ihren Gliedern zu wüten. Doch nun ist das eine Körperache, die ihre eigenen Kräfte hat. Karl Lakner sieht das volle Bein der Blondin in dem hoch hinaufgezogenen Seidenstrumpf. Augleich nimmt er das Aufhebelnde der Wohnung auf, die nach guten Kleidern, nach Bad und elektrischer Heizung riecht. Er wird rasend erschlagen, aber er ist seit Jahren nicht so lebendig gewesen. Er sieht den Professor

vor sich, mit dem Lächeln und der Strawatte, und will ihn in seiner Tochter treffen. Er sieht die Hure im Pelz und den, der ihn beschenken wollte. Er sieht seinen ganzen Wog, vom Gitter des Maria-Josepha-Balks bis unter den Caséeingang. Er will die ganze Welt in dieser Blondin notwendig. Meine Liebe, leucht er, alles muß einmal ausgegossen werden. Ihr habt mich gelobt und habt mir in den Bauch getreten und wir bleiben uns nichts schuldig. Die Menschwerdung war der Sündenfall, zuviel Weisheit nimmt die Befangenheit vor dem Tierkreis und da steht wir alle gegen alle. Gefährlich in erschüttertem Gemüte. Es bildet ein Talent sich in der Stille und ein Charakter in dem Sturm der Welt. Des Demütigen! Heute ist die Kälte eiepetete und es geht in einer anderen Tonart weiter: Stern nach unten, Stein und Feuerfischmann.

Schließlich verlassen das Mädchen die Kräfte. Sie bleibt, das weinende Gesicht gegen den Teppich gedreht, in ihrer abgemarteten Stellung liegen. Das erstickt Karl Lakner. Mit einemmal ist er zurückwärts wie seit seinen Knabenjahren nicht mehr. Er erhebt sich vom Boden, außerstande, den verzagten Blick von der Liegenden zu lösen. Allein da wirft ihn der Haß gegen das Weiche und Gerichte und Befahende in ihm noch einmal herum. Denn das ist das Eigentliche, das ihn wehrlos macht. Und er hat damit bis an das äußerste Ende durchgeholfen. Karl Lakner schaut lodernd die Wände hin. Dann räumt er mit einem Tritt den Tisch, der auf Gummirädern gefahren wird, aus dem Wea. Der Tisch kippt gegen die Wand und schüttelt lirtend die Gedecke ab. Das ist für Karl Lakner ein Signal. Er vermag es nicht, sich an einem Menschen zu vergreifen, aber man wird ihn erschlagen müssen, um zu verhindern, daß er gegen die Welt wütet.

(Fortsetzung folgt.)

Billige Fahrt! 50% Fahrpreismäßigung

nach Aussig zum Internationalen Sporttag am 4., 5., 6. August 1933

Auf Grund der Festlegung und des Mitgliedsbuches der Arbeiterturner, der Naturfreunde, der Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer, erhält jeder Teilnehmer in der Zeit vom 1. bis 12. August 1933 eine Fahrpreismäßigung von 50 Prozent auf allen Staatsbahnlinien für Personenzüge, bei Entfernungen über zweihundert Kilometer auch bei Schnellzügen. Die Reise nach Aussig kann vom 1. bis 6. August angetreten werden. Die Rückreise kann bis 12. August erfolgen. Gewiß werden viele hundert Genossen diese Gelegenheit benutzen, Aussig und seine herrliche Umgebung zu besuchen. Näheres durch die Kreis-Bundeskanzlei (Rückporto).

Erfolgreiche Betriebsauswahl

bei der Georg Schicht-A.G. in Aussig.

Aussig, 2. Juni. Bei den heutigen Betriebsauswahlen in den Schichtwerken konnten die freien Gewerkschaften (Fabrikarbeiterverband und Internationaler Metallarbeiterverband) trotz der wütenden Agitation der Hakenkreuzler und der mit ihnen gleichgeschalteten Nationalpartei nicht allein ihren Besitzstand behaupten, sondern darüber hinaus noch 20 Stimmen gewinnen. Die Nazi erhalten zwar ein Mandat mehr, das sie aber der verbündeten deutschnationalen Fabrikantenpartei weggenommen haben, die damit ihre Vertretung im Betriebsauswahlschuss ganz einbüßt. Auch die Christlichsozialen fielen heute ebenso wie im Vorjahr völlig durch.

Auch die niederträchtigsten Lügen und Verleumdungen der Nazi haben die Klassenbewußte Arbeiterchaft nicht wandeln gemacht; sie steht auch weiterhin in ihrer großen Mehrheit zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung.

Nachstehend die Resultate (in Klammern die Ergebnisse der vorjährigen Wahl):

Beschäftigte	1952	(1900)
Wahlberechtigte	1750	(1682)
gültige Stimmen	1620	(1481)

Darvon erhielten:

	Stimmen	Mandate
Freie Gewerkschaften	889 (869)	7 (7)
Nazi	504 (374)	4 (3)
Nationalpartei	98 (121)	0 (1)
Christlichsoziale	86 (44)	0 (0)

Auch in den Skodawerken ein freigewerkschaftlicher Erfolg.

Pilsen, 2. Juni. Heute fanden in den Skodawerken Wahlen in den Arbeiterbetriebsauswahlschuss statt, die folgendes Ergebnis hatten: Abgegebene gültige Stimmen: 7082, (im Vorjahre 7157), hiervon erhielten: Die Kandidatenliste des freigewerkschaftlichen tschechischen Metallarbeiterverbandes 4619 Stimmen, 12 Mandate d. i. 65 Prozent (i. V. 4492/12), die tschechischen nationalsozialistischen Metallarbeiter 1785 Stimmen, 5 Mandate, d. i. 25 Prozent (1698 Stimmen, 4 Mandate), nationaldemokratische Nationale Vereinigung 127 Stimmen, kein Mandat (nicht kandidiert), Kommunisten 521 Stimmen 1 Mandat, d. i. 7 Prozent (967/2).

Das mährisch-schlesische Landesbudget für 1934.

Brünn, 2. Juni. Der mährisch-schlesische Landesausschuss leitete in seiner heutigen Sitzung die Beratungen über den Voranschlag für das Jahr 1934 fort. Nach Genehmigung des ordentlichen Budgets wurde für das ordentliche Budget für 1934 ein Bedarf von 373 Millionen und eine ebenso hohe Bedeckung festgesetzt. Gegenüber dem letzten Jahre wurde der Voranschlag um 20 Millionen herabgesetzt. Das Investitionsbudget für 1934 zeigt einen Bedarf von 44 Millionen Kronen, die bis auf 2,1 Millionen unbedeckt sind. Diesbezüglich wurden die Beratungen noch nicht abgeschlossen.

Der Landesausschuss erledigte außerdem eine Reihe laufender Verwaltungssachenangelegenheiten, vorwiegend Finanzangelegenheiten der Bezirke und Gemeinden.

Weitere Grenzinspektionen. Landespräsident Dr. Josef Šobota leitete gestern in Begleitung des Landesverwaltungspräsidenten Dr. Voss-Walded und des Regierungsrates Dr. Glanz seine Inspektionsreise fort und besuchte die politischen Bezirke Trautenau und Braunau, wo er die amtlichen Gebäude besichtigte und sich auch bei den Vertretern der Bevölkerung über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sowie über den gegenseitigen Grenzverkehr informierte.

Ein Geständnis der Sozialdemokratie und ein plumpe Manöver der Antimarxisten.

In der tschechischen Zeitschrift „Prítomnost“ war der deutschen Sozialdemokratie der Vorwurf nationalförmlicher Politik gemacht worden, die sie den Hakenkreuzlern zuliebe treibe. Gegen diesen Vorwurf, der nur bösen Willen oder einer völligen Unkenntnis der Sachlage entspringen kann, beides Motive, die der sonst sachlichen und aufrichtigen Haltung der „Prítomnost“ völlig zuwiderlaufen, wandte sich in einer dann auch veröffentlichten Zuschrift „im Namen einiger deutscher sozialistischer Leiter“ unser Prager Stadtverordneter Genosse Dr. Schwelb.

Das wiederum gibt dem „Tag“ Anlaß zu einer aufgeregten Sensationsmacherei. Unter dem vierseitigen Titel

Ein Geständnis der Sozialdemokratie sucht er den Artikel des Genossen Schwelb, der Selbstverständlichkeiten und längst bekannte Tatsachen enthält, für seine gegenwärtige antimarxistische Kampagne auszunutzen. Was Genosse Schwelb in der „Prítomnost“ geschrieben hat, mußte an dieser Stelle denjenigen tschechischen Lesern der Zeitschrift gelogt werden, die ungenügend oder falsch informiert, tatsächlich glauben konnten, wir hätten jemals dem deutschen Nationalismus Zugeständnisse gemacht. Für einen Deutschen ist das, was Genosse Schwelb dort „gestanden“ hat, nichts Neues. Genosse Schwelb, von dem schlecht unterrichteten an den besser unterrichteten tschechischen Demokraten appellierend, verwies darauf, daß die deutsche Sozialdemokratie als erste Partei der Republik eine Massenagitation gegen die Hakenkreuzler betrieben, daß sie den Kampf gegen den Dunnenförmismus in Deutschland aufgenommen und den von Nazis betriebenen Menschenraub an unseren Grenzen erfolgreich bekämpft hat, indem sie in der Presse die Namen jener Verbindungsmänner zwischen den hiesigen und den reichsdeutschen Nazi bekanntgab, die dem verbrecherischen Treiben Vorschub leisteten. Der „Sozialdemokrat“ schrieb Genosse Schwelb des weiteren, sei als erstes Blatt des Auslandes mit einem Verbot seitens der Nazi-Regierung im Reich geehrt worden, im Parlament, in der Presse, in der weitesten Öffentlichkeit habe die deutsche Sozialdemokratie den entscheidenden Kampf gegen die Nazi geführt.

In diesem Zusammenhang erwähnte Genosse Schwelb noch — was ebenfalls niemandem unbekannt sein konnte, am wenigsten den Nazis, die es bei jeder Gelegenheit hinaustrumpfen haben — daß wir seinerzeit schon die Bildung von „nationalen Einheitsfronten“ abgelehnt haben.

Das also ist das großartige „Geständnis“ des Genossen Schwelb, von dem das Falschblatt des Dritten Reiches noch behauptet, er spiele

„hinter den Kulissen der Partei“ eine große Rolle. Wahr ist natürlich, daß Genosse Schwelb in der Partei keine andere Rolle spielt als jene, die öffentlich bekannt und kontrollierbar ist: er ist Stadtverordneter der Partei in Prag, Mitglied der Exekutive der Prager Bezirksorganisation und in einer Reihe konkreter Fälle war er Rechtsberater oder Anwalt proletarischer Organisationen. Eine Kulissenpolitik, wie sie in den Zirkeln jener Parteien getrieben wird, deren letztes Disziplinarmittel der Fememord ist, gibt es in der Sozialdemokratie nicht!

Nach dem „Tag“ haben wir uns mit der Zuschrift des Genossen Schwelb an die „Prítomnost“ zur „Ankurbelung des Kampfes gegen den braunen Terror und zur zielbewußten Zerstörung und Befreiung der sudetendeutschen Einheitsfront“ bekannt.

Dazu ist zu sagen: Zum ersten, zur „Ankurbelung des Kampfes gegen den braunen Terror“ bekennen wir uns ausdrücklich, haben wir uns längst bekannt, ehe es einem Nazischmod einfiel, die Zuschrift des Genossen Schwelb zum politischen „Geständnis“ umzulügen. Die „sudetendeutsche Einheitsfront“ konnten wir weder zerstören noch zerlegen, weil es derlei nie gab. Was es gegeben hat, und was wir immer demaskiert, gestört und aufs schärfste abgelehnt haben, das war jener dummschlaue Versuch des Bauernfangs, der sich sudetendeutsche Einheitsfront nannte und in Wahrheit eben das war, was der „Tag“ noch vielem Gekläse und Gekschrei als Ziel der sudetendeutschen Politik proklamiert: die „antimarxistische, aufbauende, sudetendeutsche Einheitsfront“. Die Einheitsfront der Opfer mit den Mördern ist noch nicht erfunden worden. Die antimarxistische Einheitsfront, die Front gegen die deutschen Arbeiter dieses Staates kann doch unmöglich unter Mitwirkung der deutschen Sozialdemokratie zustandekommen. Wenn der „Tag“ seine Leser für blöde genug hält, ihnen zugleich unter Verbrechen der Zerstörung solcher Front und seine Forderung nach Schaffung dieser antimarxistischen Front vorzubehalten, so ist das seine Sache. Wir sehen in dem ganzen aufgeregten (weniger an germanische Sitten denn an einen orientalischen Jahrmarkt erinnernden) Gebelzer des „Tag“ ein sehr plumpe Manöver, dazu bestimmt, an demselben Tage, das Herr Dr. Rösche ohne Zweifel im Einverständnis und im Auftrag des Herrn Jung, die berühmte sudetendeutsche Einheitsfront dem tschechischen Faschismus als Bundesgenossen zu offerieren, die Öffentlichkeit von diesem Anfall abzulenken.

Die Pensionsversicherungsnovelle ausgearbeitet.

Soziale Rente für arbeitslose Versicherte nach dem 55. Lebensjahr.

Prag, 2. Juni. Amtlich wird gemeldet: Die Kommission zur Novellierung des Pensionsversicherungsgesetzes hielt heute ihre Schlussitzung ab, in der es zu einer völligen Einigung über die Neuregelung der Altersrente in dem Sinne kam, daß die unbedingte Altersrente (die nach Erreichung des 65. Lebensjahres bisher ausbezahlt wird, auch wenn der Rentempfänger noch weiter eine versicherungspflichtige Beschäftigung ausübt) aufgehoben und als Ersatz hierfür

die sogenannte soziale Rente eingeführt wird, die allen Versicherten, die nach Erreichung des 55. Lebensjahres (bei Frauen des 53. Lebensjahres) wenigstens zwölf Monate ohne Beschäftigung sind, für die Dauer der

weiteren Arbeitslosigkeit gebührt. Die bereits fällig gewordenen unbedingten Altersrenten bleiben jedoch gewahrt.

Weiters wurde eine neue für die Versicherten günstigere Regelung der gesetzlichen Bestimmungen über das Höchstmaß der Jubiläums- und Altersrente angenommen. Die definitive Stillisierung dieser Bestimmungen führt ein Redaktionskomitee durch, das in den nächsten Tagen den ganzen Entwurf der Novellierung des Pensionsversicherungsgesetzes zusammen mit dem Motivenbericht dem Fürsorgeministerium übergeben wird.

Sämtliche Beschlüsse der Kommission sind einmütig erfolgt.

Bernheims Petition rechtsgültig.

Vor einer großen Judendebatte in Gené.

Gené, 2. Juni. Der Sonderausschuss der juristischen Sachverständigen, der vom Völkerbundrat mit der Aufgabe betraut wurde, die Rechtsgültigkeit der Petition Franz Bernheims über die Unterdrückung der Juden in Oberschlesien zu überprüfen, anerkannte die volle Berechtigung dieser Petition. Die deutschen Einwendungen wurden abgelehnt, so daß der Völkerbundrat den Fall in der nächsten Sitzung erledigen wird, die Dienstag stattfindet.

Es wird eine große Debatte über die jüdische Frage erwartet, der einige Mitglieder in den vorangehenden Sitzungen ausgewichen waren, solange die Rechtsgültigkeit der Bernheim-Petition noch nicht voll anerkannt war.

Ein Theologieprofessor suspendiert.

Berlin, 2. Juni. Wie der „Amtliche Preussische Pressedienst“ mitteilt, hat Kultusminister Ruft den ordentlichen Professor an der katholisch-theologischen Fakultät der Universität Breslau, Dr. Altener, mit sofortiger Wirkung, beurteilt.

Die „Gleichschaltung“ an der Saar.

Freigewerkschaftlicher Angestelltenverband soll aufgelöst werden.

Die Berliner Nazileitung des Zentralverbandes der Angestellten hat „befügt“, daß sich die freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisation im Saargebiet auflöse und sich die Mitglieder an die nationalen Verbände anschließen sollen.

Die saarländischen Mitglieder ZdA scheren sich natürlich einen Pfifferling um die Anordnung der Berliner Naziherren und machen sich selbstständig. Die entsprechenden Beschlüsse sind bereits gefaßt.

Imbusch zu den Nazis übergeschwenkt.

(D. G.) Der Führer der christlichen Bergarbeiter, der Zentrumsabgeordnete Imbusch, der früher immer als ein Beweiskind für die Notwendigkeit der politischen Zusammenarbeit der Arbeiterchaft mit dem Zentrum aufgeführt wurde, hat sich von den Nazis vollkommen gleichgeschalteten lassen und macht als Führer in dem sozialistischen Gewerkschaftsladen mit. Imbusch ist nur einer von vielen, der da beweist, wie wenig Widerstand die Nazis gefunden haben. Die schnelle Gleichschaltung des Zentrums ist auch ein Beweis dafür, daß die Arbeiterklasse in ihrem Kampf sich auf bürgerliche Parteien nicht verlassen und stützen kann.

Zahlen sprechen für Ceres SPEISEFETT

Für eine Krone erhält man von den zur Erhaltung der Körperkraft und Temperatur notwendigen Kalorien bei:

	103
	161
	242
	342
	875
	1073
	1485

Die höchste Nährkraft für das wenigste Geld bieten also Mehl- und Kartoffelspeisen, zubereitet mit Ceres.

Die ungarischen Gewerkschaften organisieren den Boykott deutscher Waren.

Die ungarischen Gewerkschaften faßten auf ihrer Vollversammlung am 21. Mai nach einem Referat des Genossen Karl Peyer eine Entschlußfassung, in der es zum Schluß heißt:

„Jeder ausländische Mensch, welcher die menschliche Freiheit, Glaubensfreiheit und Kultur schützen will, schließt sich unserem Protest an, indem er erklärt, daß er, solange in Deutschland das die menschlichen Rechte, die Kultur und Organisationsfreiheit vernichtende Regime herrscht, und solange in Deutschland eine Richtung am Ruder ist, welche die Einfuhr der ungarischen Waren verbietet und dadurch nicht nur die Arbeiteroffnung, sondern auch die ungarische Industrie- und Handelswirtschaft empfindlich schädigt, keine deutsche Ware kauft und jeden vom Kauf solcher Waren abhält.“

Weitere Beschränkung der Warenhäuser.

Berlin, 2. Juni. Der Leiter des wirtschaftspolitischen Amtes der NSDAP, Dr. Wagener, hat dem Präsidium des Reichsverbandes der Mittel- und Großbetriebe des deutschen Einzelhandels in einem Schreiben mitgeteilt, er sei der Ansicht, daß die weitere Aufrechterhaltung von Handwerksbetrieben in den Mittel- und Großbetrieben des deutschen Einzelhandels (Waren- und Kaufhäuser) den Notwendigkeiten der deutschen Volkswirtschaft widerspreche. Unter diesen Handwerksbetrieben seien u. a. Friseurateliers, Werkstätten für Badwaren, Buchbindereien, Autoreparaturwerkstätten u. dal. zu verstehen. Dr. Wagener bittet das Präsidium des Reichsverbandes, die Schließung dieser Handwerksbetriebe bis spätestens zum 1. Oktober 1933 zur Durchführung bringen zu wollen.

Deutschland konterminiert den Schilling?

Wien, 2. Juni. Die „Reichspost“ konstatiert heute, daß sich in Zürich eine Kontremine in Schilling bemerkbar macht. Es liegen Anzeichen vor, daß es sich um ein systematisches Manöver handelt, das einen politischen Hintergrund hat. Die Schillingbeträge werden nämlich ausschließlich von reichsdeutschen Händlern angeboten. Die Kontremine habe sich zum erstenmal etabliert, als Berlin den Fremdenverkehrsboykott gegen Oesterreich erklärte. In diesem Zusammenhang wurde auch festgestellt, daß in der letzten Woche ein Schillingbetrug von Oesterreich nach Deutschland organisiert worden ist. Die Schillingnoten wurden hauptsächlich in Automobilen über die österreichisch-deutsche Grenze gebracht. Wie das Blatt weiter berichtet, hat das Finanzministerium den Zollbehörden den Auftrag erteilt, daß die Revision an der österreichisch-deutschen Grenze in Hinblick auf diesen Schilling-Schmuggel mit größter Schärfe durchzuführen werde und daß besonderer Augenmerk dem Automobilgrenzverkehr zuzuwenden sei.

An unsere Kolporteur- und Abonnenten!

Anlässlich der Pfingstfeierlage wird H. Vertrag im Buchdruckergewerbe am Pfingst-Montag nicht gearbeitet. / Es enthält daher unsere Dienstaussgabe und erscheint unser Blatt erst am Mittwoch, den 7. Juni zur gewohnten Stunde.
Die Verwaltung.

Sonderbare „Demokraten“.

Die reaktionäre Einstellung der deutsch-bürgerlichen Parteien kommt in diesen kritischen Zeiten immer drastischer zum Vorschein. Im Rechts- und Verfassungsausschuss des Abgeordnetenhauses verlangten gestern die Abgeordneten Krumpke und Bierhut anlässlich der Beratung der Vorlage über die geänderte Gemeindevahlreform nicht mehr und nicht weniger als die — Hinaufführung des Wahlsalters! Damit sämen Hunderttausende Jungwähler um das Wahlrecht. Von tschechischer Seite wandten sich die Abg. Dr. Patejdl und Gen. Dr. Markovic, von deutscher Seite Genosse Schweichhart energisch gegen diesen reaktionären Vorstoß. Der Letztere bezeichnete ihn als einen geplanten Raub, für den auch die christlichsozialen und landbäuerlichen Jugend der Herren Krumpke und Bierhut keinen Dank sagen werden. Der bezeichnende Wunsch der beiden Herren Volksvertreter könnte wohl nur dann verwirklicht werden, wenn die Arbeiterschaft in diesem Staate vollständig einflusslos wäre, wie es der Herzenswunsch des Fabrikanten Dr. Rosche, der Hakenkreuzler usw. ist. Darauf können die Herrschaften allerdings noch lange warten. Angesichts der Schindluderei, welche die Feinde der Arbeiterschaft mit der Demokratie treiben, ist ihre Entlarbung recht lehrreich. Sie schwärmen theoretisch für Volksherrschaft, in Wirklichkeit erstreben sie die kapitalistische — Diktatur!

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Samstag, 3. Juni:

Früh: 6.00 Choralst. Konzert. 10.10 Konzert. 12.30 Konzert. 16.10 Konzert. 18.25 Deutsche Sendung: Jugendstunde mit Musik. 19.25 Sinter Abend. 22.15 Konzert.

Mittag: 12.30 Konzert. 16.10 Konzert. 18.25 Deutsche Sendung: Konzert. 20.20 Sinter Abend. 22.15 Konzert.

Spätmittag: 20.05 Langenberg: Volkswirtschaft aus Rheinland und Westfalen. 20.15 Stadthaus: Alle Tanzmusik. 21.20 Seronhäuser: Volkstümlicher Abend. — **Konzerte:** 20.00 Hamburg: Fildenskonzert. 20.00 Muhlader: Werte von Silber. 20.00 Maribou: Leichte Musik. 20.20 Budapest: Operettenmusik. 21.00 Straßburg: Internationaler Gesangswettbewerb. 21.25 Münden: Melodien von Paul Linde.

Sonntag, 4. Juni:

Früh: 6.50 Choralst. 7.00 Kurkonzert aus Karlsruhe. 8.30 Konzert. 9.00 Prof. Dr. Rahl: Selbstbesuche Worte. 9.15 Dr. C. Zull: Internationale Jubiläum. 11.00 Konzert. 12.05 Fortissimo. 13.15 Vortrag: „Fürsorge für sehenslose Augen.“ 15.20 Malach: Wie. 18.10 Deutsche Sendung: Offenbachstunde. 19.00 Schülerkonzert. 19.55 Konzert. 21.20 Unterhaltung aus Brünn. 22.20: Unterhaltungskonzert.

Mittag: 7.00 Kurkonzert aus Karlsruhe. 8.30 Orchesterkonzert. 9.00 Kreis Fr. 11.00 Konzert. 12.00 Konzert. 15.20 aus tschechischen Opern. 18.00: Deutsche Sendung: 19.35 Konzert.

Abend: 21.20 Tschechoslowakischer: Eröffnung der Weltausstellung in Chicago. — **Jugendfunk:** 12.30 Hamburg. 11.20 Königshausen. 15.20 Bremen. — **Hörspiele:** 15.00 Leipzig: Raimund: „Apenhagen und Menschenknecht.“ — **Konzerte:** 11.30 Bachantale auf allen deutschen Sendern. 19.55 Silberstein. 20.00 Breslau: Schillerische Philharmonie. 20.00 Langenberg. Tschechoslowakischer. 20.00 Berlin. Hamburg. Münden: Berliner Philharmonie. 20.45 Muhlader: Orchesterkonzert. 21.00 Breslau: Aus Operetten. 21.00 Budapest: Ungarische Volkswesen.

Opern, Operetten: 18.30 Aiga: Hoffmanns Erzählungen. 18.25 Tallin: „Aida“. 19.00 Tschechoslowakischer: „Cohenart“.

Esperanto im Rundfunk als Mittel zur Hebung des Fremdenverkehrs. Zur Hebung des Fremdenverkehrs und zur Bekanntmachung der Welt mit den Schönheiten und Denkmälern der verschiedenen Länder, werden im Rundfunk einzelner Staaten regelmäßige Propaganda- und Informationsvorträge veranstaltet. Neben den Welsprachen wird dabei auch Esperanto verwendet. So sendet die französische Station Tour Eiffel in Esperanto jeden Sonntag von 15.15 bis 15.30, Radio Lille B. T. I. ebenfalls Sonntag von 9.30 bis 10.00, Maribou jeden Mittwoch von 22.30 bis 22.50 Uhr usw. Bei uns sendet zeitweise Brünn Propaganda- und Informationsvorträge in Esperanto.

Der Pariser 120 kW-Sender in Sicht. Die Arbeiten für die neue tschechische Sendestelle Paris B. T. I., die mit 120 kW-Antenneneistung auf Höhe 177 Meter arbeiten wird, sind in vollem Gange. Das für Errichtung des Senders nötige Gelände ist bereits angekauft und befindet sich in Villebon-sur-Yvette etwa 30 Kilometer von Paris, auf einem der das Yvette-Tal umrahmenden Hügel. Die Verkaufsunterlagen sind für Ende dieses Jahres die regelmäßige Inbetriebnahme für Anfang 1934 vorgesehen.



Braune Diagnose in der SA-Kaserne.

Der Nazi-Arzt: „Der Fall ist doch ganz klar meine Herren — akute Lungenentzündung.“

Tagesneuigkeiten

Lundenburger Förster von einem Wilddieb erschossen

Der Mörder verhaftet.

Lundenburg, 2. Juni. Im Jagdrevier der Jagdgesellschaft in Lundenburg wütete bereits seit längerer Zeit eine Bande unbekannter Wilddiebe. Der Förster der Jagdgesellschaft, der 36jährige Chrill Mikulík, verfolgte gestern einige Angehörige der Wilddiebande und holte einen von ihnen etwa 250 Meter vom Dorfe entfernt ein. Als er ihn mit erhobenem Gewehr aufforderte, die Waffen zu strecken, wandte sich der Wilddieb um und gab auf ihn zwei Schüsse ab, von denen einer den Förster in den Bauch traf. Mikulík gab seinerseits auf den Wilddieb zwei Schüsse ab und traf ihn wahrscheinlich. Darauf lief er noch etwa hundert Meter weiter zum Teich, an dessen Ufer er, dicht am Wasser, tot zu Boden stürzte. Die Kunde hiervon verbreitete sich sogleich; die Gendarmerei alarmierte alle benachbarten Stationen. In Mährisch-Neudorf wurde dann ein verdächtiger Mann verhaftet, der bei dem dortigen Arzt Hilfe suchte. Er wies einen leichten Hüftschuß aus einem Jagdgewehr auf. In dem Verhafteten wurde der im Jahre 1908 in Lundenburg geborene Josef Hunka festgestellt. Hunka gestand, gegen den Förster zwei Schüsse abgegeben zu haben. Da Hunka verletzt war, wurde er von dem Gendarmen, der ihn verhaftet hatte, im Automobil an die Stelle gebracht, wo er mit dem Förster zusammengestoßen war. Der Gendarm wollte ihn dort verhören. Hunka weigerte sich jedoch auszusagen und wurde sodann in das Spital der Barmherzigen Brüder in Feldberg gebracht. An der Tatstelle trafen eine Gendarmereifeldstation ein, die den Mordfall untersuchen. Es wurden auch mehrere Hausdurchsuchungen vorgenommen, bei denen zahlreiche Waffen, durchwegs Jagdgewehre, gefunden wurden.

Geschlechtsverkehrsordnung im Dritten Reich.

Berlin, 2. Juni. Das Wolffbüro meldet: Der dauernd und bedrohlich zunehmende Geburtenrückgang, die Benachteiligung der erbgesunden Familien, wie auch die mehr und mehr in Erscheinung tretende Rassenmischung und Entartung der deutschen Familie erfordern die größte Aufmerksamkeit und Beachtung der Reichsregierung, um diese Entwicklung durch geschlechtlich zu treffenden Maßnahmen aufzuhalten und sowohl quantitativ wie auch qualitativ den Bestand des Volkes zu sichern. Zur Unterstützung bei der Vorbereitung dieser Maßnahmen hat der Reichsminister des Innern einen „Zachverständigen Beirat für die Bevölkerungs- und Rassenpolitik“ berufen.

Zodesurteile in Altona.

Altona, 2. Juni. In dem Prozeß vor dem Altonaer Sondergericht über die blutigen Vorfälle am 17. Juli 1932 wurde heute das Urteil ge-

sprochen. Das Sondergericht verurteilte vier Angeklagte wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Tode, zwei Angeklagte erhielten je 10 Jahre, einer 7 Jahre, zwei andere je 5 und einer 3½ Jahre Zuchthaus, sämtliche wegen Beihilfe zum vollendeten Mord und wegen Landfriedensbruches und Aufruhr. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

Der „Robott“ als Flugzeugführer.

New York, 2. Juni. Heute morgens startete in Los Angeles Kapitän Howls zu einem Flug nach New York. Sein Apparat ist mit einem sogenannten „Robott“ ausgerüstet, der das Flugzeug auch lenkt. Es ist dies ein automatischer Apparat, der ganz selbständig pilotiert. Der „Robott“ sah sich, wenn das Flugzeug eine gewisse Höhe erreicht hat, automatisch in Bewegung und erreicht hierbei eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 200 Meilen.

Zusammenstoß in der Nordsee.

London, 2. Juni. (Reuter.) Der Dampfer „New York“ ist heute früh im dichten Nebel in der Nordsee unweit der holländischen Küste mit dem estnischen Schiff „Polar Stjernen“ zusammengestoßen, welches sank. 10 Mann der Besatzung des gesunkenen Schiffes wurden gerettet, ein Mann ertrank.

Adolf Pohl-Stiftung für erholungsbedürftige Kinder. In der gestern in Falkenau abgehaltenen Vorstandssitzung des Unterverbandes Esperanto des Reichsverbandes deutscher Krankenversicherungsanstalten schilderte der Obmannstellvertreter Hammer in einem ergreifenden Nachruf die großen Verdienste, die sich der verstorbene Obmann Abgeordneter Genosse Pohl um die Ausgestaltung der Krankenversicherung und um den Unterverband erworben hat, an dessen Spitze er durch volle sechzehn Jahre stand. — Der Vorstand beschloß einmütig die Schaffung einer Adolf Pohl-Stiftung in der Höhe von 20.000 Kronen, deren Zinsen zur Unterbringung von erholungsbedürftigen Kindern versicherter Mitglieder in Erholungsheimen verwendet werden soll. Zum Obmann des Unterverbandes wurde Abgeordneter Genosse Krah einmütig gewählt.

Abgeordneter Dr. Kalaš gestorben. Freitags, den 2. Juni, um 4 Uhr früh starb in seiner Wohnung in Prag der Abgeordnete der republikanischen Partei Dr. Josef Kalaš, der Vorsitzende der Fachorganisation der tschechoslowakischen Hausbesitzer, nach längerer schwerer Krankheit.

In Böhmen Schönwetter. In Böhmen hat sich das Wetter in der Donnerstag-Nacht gebessert, dagegen ist in den mittleren und östlichen Teilen des Staates Eintrübung eingetreten. Der Luftdruckunterschied zwischen dem Hochdruckband über dem Westen Mitteleuropas und der Depression über Rußland hat sich verstärkt. Der Nordwestwind hat daher namentlich im Karpatengebiet des Staates stark aufgewirbelt. Der Luftdruck aus höheren Breiten dürfte anhalten. Infolge der Nähe des Hochdruckgebietes dürfte das Wetter im Westen des Staates auch weiterhin günstiger bleiben als im Osten. — Wahrscheinliches Wetter heute, Samstag, in der Westhälfte der Republik: Zeitweise ziemlich heiter und untertags etwas wärmer, schwächer bis

mäßiger Nordostwind; Osthälfte des Staates: wechselland bewölkt, ohne erhebliche Niederschläge, mäßig warm, frischer Wind aus nördlichen Richtungen.

Ein Hakenkreuz-Flugzeug in Prag. Ein Lekturer unseres Blattes teilt uns mit, daß es gestern nachmittags auf dem Flugplatz in Obel eine begeisterte Aufregung gab, weil dort von Berlin kommend das fahrplanmäßige Flugzeug der Deutschen Luftlinie zum ersten (und hoffentlich zum letzten) Mal mit schwarz-weiß-roten Emblemen und mit dem Hakenkreuz versehen landete. Dies widerspricht den internationalen Vereinbarungen, da kein Verkehrsflugzeug die Flaggen mit sich führen darf. Man ließ von Obel aus das Flugzeug schließlich unbeanstandet nach Wien weiterfliegen, aber jedenfalls wird der Zwischenfall ein Nachspiel haben.

Die Eröffnung der Trahtseilbahn auf den Felsen wurde aus technischen Gründen verschoben.

Mißglückter Versicherungsbeitrag eines Restguthalters. Vor einigen Tagen brannte in der Gemeinde Grädel in Südböhmen auf dem Restgute des Franz Bláha das Dach des Wohnhauses nieder, wobei auch das Gebäude beschädigt worden war. Bei der Feststellung der Brandursache kam man darauf, daß der Brand gelegt worden war. Der Bruder des Besitzers, Karl Bláha, war nach Grädel gekommen und hatte im Einvernehmen mit dem Bruder, der daraus kein Hehl machte, daß auf seinem Besitze Schulden in der Höhe des doppelten Wertes des Gutes lasten, das Dach und die Balken des Wohngebäudes mit Petroleum begossen und auf dem Boden eine Kerze entzündet. Durch den Rauch wurde jedoch ein Knecht geweckt, der die Nachbarn weckte und so ein Ausbreiten des Brandes verhinderte. Die Brüder Bláha wurden verhaftet und in das Kreisgericht von Budweis eingeliefert. Einer von ihnen hat bereits seine Schuld gestanden. Das Restgut war hoch versichert.

Vermißt. Auf dem englischen Dampfer „Stentor“, der Donnerstag in Hamburg eintraf, haben sich keine Besatzungsmitglieder der gesunkenen „Guilford Castle“ befunden. Die Unklarheit darüber, ob die Kollision mit der „Stentor“ Todesopfer gefordert hat, hält ungeschehen noch an. Drei Besatzungsmitglieder, und zwar der Schiffkoch und zwei Schiffsjungen werden vermißt.

Die brasilianische Regierung wird, um den regelmäßigen Zeppelinverkehr auf der Strecke Friedrichshafen — Rio de Janeiro sicherzustellen, der Luftfahrtgesellschaft einen Kredit von 2000 Contos (1 Conto Reis ist gleich 1000 Milreis) bei der brasilianischen Staatsbank eröffnen.

Das Problem des Handelsvertreters behandelt diesen Titel tragende Veröffentlichung des Bundes der Vertreter und Reisenden, Teplitz-Schönau (Fachgruppe des Allgemeinen Angestelltenverbandes Reichenberg), verfaßt von Bertrand Katscher. Die Broschüre ist von sachmännischer Seite, u. a. von Senator Dr. Carl Heller, Teplitz-Schönau, überaus günstig beurteilt worden und beleuchtet die Lage der Reisenden, Vertreter und Agenten in wirtschaftlicher, arbeits-, sozial- und steuerrechtlicher Hinsicht von allen Seiten. Der Verfasser hat es verstanden, in übersichtlicher, umfassender, eindringlicher und überzeugender Form diese wichtigen Fragen einwandfrei und erschöpfend zu behandeln und hat insbesondere auch die umfangreiche Rechtsprechung und Entscheidungspraxis der zuständigen Gerichte und Behörden mit herangezogen. Die Broschüre ist für jeden Interessenten unentgeltlich und zum Preise von nur Kč 7.50 zu beziehen beim Bund der Vertreter und Reisenden (Fachgruppe des Allgemeinen Angestelltenverbandes Reichenberg), Teplitz-Schönau, Eichwalder Straße 39.

Autobus-Fahrplan. Das Post- und Telegraphenministerium hat als selbständigen Teil des amtlichen Eisenbahn-, Post- und Dampfschiffahrts-Fahrplanes der Tschechoslowakischen Republik den Fahrplan der staatlichen und privaten Automobilstraßen in Böhmen, insgesamt über 800 Linien, herausgegeben. Preis eines Exemplares 6 K. Der Fahrplan der staatlichen und privaten Automobilstraßen für Mähren, Schlesien die Slowakei und Karpatenrußland wird in den nächsten Tagen erscheinen. Preis eines Exemplares 4.50 K. Erhältlich in allen Buchhandlungen oder im Verlag Alois Wiesner, Prag II., Zoukenka Nr. 2

Inferat 1933.

„Siebenfacher Mörder empfiehlt sich.“

Ich bin ein Führer —, eine braune Eiche, Mein Führungszeugnis gab mir das Recht, Für mein Talent, da spricht so manche Eiche, Schirnschmalz, Mensch, nein, so was brauch' ich nicht!

Ich bin erprobt —, aus ältester Rasse, Im Rillen kommt mir wohl kein Zweiter gleich Und war ich auch der Letzte in der Klasse, Ich bin der erste jetzt im „Dritten Reich“

Ich bin ein Vorbild —, jeder kann es lesen, Mein Steckbrief spricht für mich —, sehr ihn auch an, Wer so als Mörder führend ist gewesen, Der ist für Sie bestimmt der rechte Mann!

Empfehle mich für alle schweren Fälle, Auf mein Talent kann jeder Häuser bau'n, Wer es nicht tut, der wird gleich auf der Stelle, Gleichschaltungshalber krumm und lahm gehau'n. Ernestine

